

Az - 20 - 05 - 1992

# Polder: Bürgermeister melden Bedenken an

## Zu möglichen Retentionsräumen Stellung genommen

1. jg. KREIS MAINZ-BINGEN — Beim Gespräch mit Vertretern des staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft über mögliche Retentionsräume bei Hochwasser entlang des Rheins hatten gestern die Bürgermeister und Vertreter der Gemeinden die Möglichkeit zu einer ersten Stellungnahme. „Die Heidesheimer haben gegenüber den vorgelegten Überlegungen erhebliche Bedenken“, informierte anschließend Baudirektor Pichl. Besonders die Aussiedlerhöfe in den zur Überflutung vorgesehenen Flächen bereiten den Bürgermeistern Kopfzerbrechen. Auch Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Nutzung machten die Vertreter geltend.

Gerade die Gemeinde Heidesheim ist von der Planung besonders betroffen: Sowohl westlich als auch östlich von Heidenfahrt sind Retentionsräume angedacht. „Grundsätzlich sind im rheinhessischen Gebiet zwei Arten von Überflutungsflächen vorgesehen“, erklärte Pichl. So könne eine hinter dem bisherigen Deich eingedeichte Fläche bei starkem Hochwasser über Fluter geöffnet werden. „Das allerdings passiert in diesen Poldern nur alle 40 bis 50 Jahre“, betonte der Baudirektor.

Anders gehe man bei der „natürlichen Retention“ vor: Das eingedeichte Gelände sei gegen das übli-

che Hochwasser nicht abgeschirmt und stehe im Schnitt alle zwei Jahre einmal unter Wasser. Diese Maßnahme wurde auch für das Gebiet zwischen Mainz und Bodenheim vorgeesehen.

Um die Bodenehmer Kläranlage allerdings soll dann ein Ringdeich gebaut werden. Unterhalb der B 9 würden weitere Öffnungen zum Rhein geschaffen. Die Befürchtungen einiger Bürgermeister, das Druckwasser könne an naher Bebauung und in der Landwirtschaft Schäden anrichten, entschärften die Planer zunächst. Der Deich würde zusätzlich mit speziellen Elementen im Untergrund dichtgemacht. Bei der Gestaltung und Bepflanzung der Schutzwälle könne man flexibel sein, um das Landschaftsbild nicht zu stören.

In den Poldern sollen die betroffenen Landwirte bei Wasserschäden entschädigt werden, erklärte Pichl. Bei offenen Gebieten müsse man jedoch eine andere Lösung finden. „Dort ist nur noch eine extensive Nutzung möglich.“ Bis zum Frühjahr 1993 soll das vorläufige Konzept stehen. Zuvor sind Ortsbegehungen und weitere Gespräche mit den Gemeinden, den Bauernverbänden und der Landwirtschaftskammer geplant. „Wir wollen eine offene Diskussion“, kündigte Pichl an.